

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

Inhalt:
Rotes Wien
Semperit
Was ist die SOV?
Türkei/ÖDP

Linksruck notwendig!

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion der CWI/KAI
Kaisersstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@pmm.at

Zu einer Zeit, in der die SPÖ landauf, landab plakatiert, daß sie für Solidarität und Gerechtigkeit kämpft, wurde im Parlament ein Hundertwerk von Gesetzen beschlossen, die das Sparpaket in die Praxis umsetzen sollen. Es handelt sich bei diesen Budgetgesetzen um sage und schreibe 22,4 kg Papier, das mit Frechheiten vollbedruckt ist, die das 1.Mai-Motto der SPÖ Lügen strafen.

von David Mum,

Ortsgruppe Niederösterreich

Die große Streik- und Protestbewegung der StudentInnen wurde von den Regierenden vollauf ignoriert und ausgehungert. Da die StudentInnen bei bis zu 63 Prozent der Bevölkerung Zustimmung für ihren Kampf gegen das Belastungspaket fanden, geriet die Regierung anscheinend in Panik. Sie schaltete auf stur, um ein Exempel zu statuieren: Widerstand darf sich nicht lohnen. Hätte sie in einigen Punkten nachgegeben, könnte das ja ein Beispiel an andere Betroffene geben und auch bei diesen Bestrebungen aufkommen lassen, das Sozialabbaupaket aufzuschüttern.

Wirtschaftliche Talfahrt

Aber die Koalition bekommt die Rechnung für ihre Politik auch von einer anderen Seite präsentiert, die man schwer mißinterpretieren kann: dem Zustand der Wirtschaft. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat die Wachstumsprognose für heuer von geringen 1,6% auf 0,7% nach unten revidiert. Die unternehmerfreundliche Politik hat anscheinend nicht zu mehr Arbeitsplätzen geführt, sondern nur zum bekannten Einnahmen-Dilemma. Die Arbeitslosenrate lag im März mit 8,1% nach wie vor auf einem extrem hohen Niveau. Auch wenn sie gegenüber dem Vormonat um 0,9% gesunken ist, so ist die Zahl der offenen Stellen gegenüber dem März '95 um 23,8% zurückgegangen. Die vielzitierte Beschäftigungsoffensive ist nichts als ein Schlagwort. Gerade bei den öffentlich Bediensteten wird fest in die Gegenrichtung gearbeitet: Von den in diesem Bereich geplanten 16 Milliarden Schilling Einsparungen sind 6 Milliarden durch

den Abbau von Planstellen vorzusehen.

Die Arbeitslosigkeit wird heuer weitersteigen und so die Arbeitsmarktverwaltung um zusätzliche 4,4 Milliarden belasten.

Der Regierung werden dazu wieder nur neue Kürzungsvorschläge bei der Arbeitslosen- und der Notstandsunterstützung einfallen.

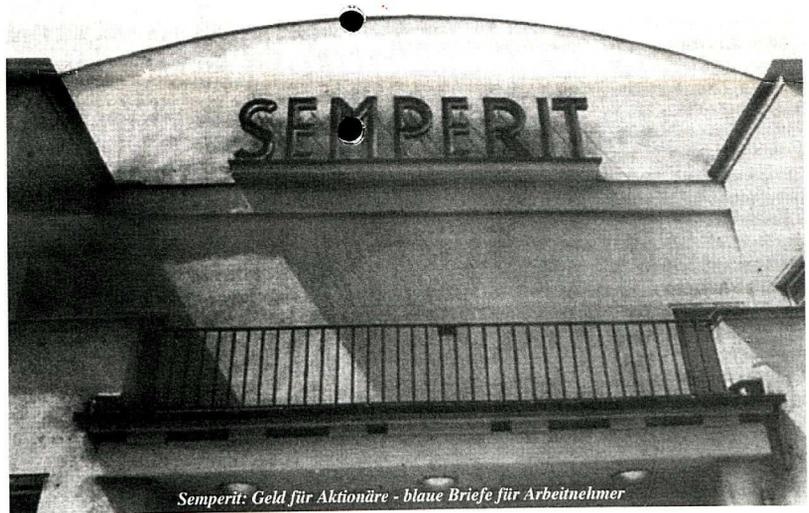
Weitere Unternehmergriffe

Bei einem Gipfel der Wirtschaft mit Sozialminister Hums über die Flexibilisierung der Arbeitszeit macht Wirtschaftskammerpräsident Madert-haner klar, was er darunter versteht: die tägliche Arbeitszeit soll auf 10 Stunden verlängert werden, ohne, daß Überstundenzuschläge zu zahlen sind. Außerdem werden weitere Lohnsenkungen angepeilt. Nach mehr als 100 Jahren, in denen die Arbeiterbewegung für den 8-Stunden-Tag gekämpft hat, wird er unter sozialdemokratisch geführten Regierungen wieder abgeschafft.

Daß hier ein Kompromiß keine Beruhigung der Situation bringen wird, sondern die Unternehmer nur noch hungrier auf den Abbau sozialer Rechte und arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen macht, drückte der McDonalds Österreich-Chef Andreas Hacker aus. Er meint, daß „die Leute in Westeuropa unter Umständen für das gleiche Geld sogar doppelt soviel arbeiten müssen.“ (Wirtschaftswoche Nr.16/96)

Sozial Schwache werden sich keinen Arzt mehr leisten können

Ein weiterer Bereich, in dem jetzt massiv gekürzt wird, ist das Gesundheitswesen. Neben der geplanten Schließung von Spitälern wird bei Leistungen gekürzt und gleichzeitig



Semperit: Geld für Aktionäre - blaue Briefe für Arbeitnehmer

werden die Selbstbehalte erhöht oder eingeführt. (z.B. bei Kuren und in Rehabilitationszentren!)

Die Bezugsdauer des Krankengeldes, das man bei einer langen, schweren Krankheit bekommt, um z.B. die Miete zu bezahlen, wird auf ein halbes Jahr gestrichen. Behinderten, die in Heimen untergebracht sind, wird ihr „Taschengeld“ auf die Hälfte, nämlich 596 öS zusammengekürzt. Auch das Pflegegeld der Stufe 1 wird auf 2.000 Schilling monatlich reduziert.

Ein schwerer Schlag für die Vorsorgemedizin ist die Streichung der Geburtenbeihilfe, die bisher nur im Zuge der Mutter-Kind-Paß-Untersuchungen ausbezahlt wurde.

Linksruck notwendig!

Die Politik, die hierzulande und europaweit betrieben wird, eröffnet ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen, PensionistInnen, Lernenden etc. nur düstere Perspektiven! Im Unterschied zu anderen Ländern fehlt es in Österreich aber an einer starken Opposition von links. Die Gewerkschaften üben momentan keinerlei

Widerstand aus, die Linke in der SPÖ ist zusammengebrochen und es gibt keine Anzeichen, daß sich das bald ändert. Die Sozialistische Offensive Vorwärts hat die Notwendigkeit erkannt, in Zeiten wie diesen eine offene sozialistische Organisation aufzubauen. Wir wollen den

Kontakt zu anderen Menschen und Gruppierungen knüpfen, um gemeinsam mit diesen auch in Österreich eine längst notwendige Kraft von links aufzubauen, die gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik der Regierung und eine wirkliche sozialistische Alternative anzubieten!

➔ Weg mit dem Sparpaket!

➔ Nein zu Lohnverzicht und Flexibilisierung!

➔ 35h-Woche bei vollem Lohn und öS 12.000.- Mindestlohn!

➔ Aufbau einer linken Opposition!

Der Standpunkt:

1. Mai 1996: Wer kämpft für Gerechtigkeit und Solidarität?



von John Evers

Von zahlreichen Plakattafeln blüht der Mai- auftritt der Sozialdemokratie. Wir kämpfen für Gerechtigkeit und Solidarität. Konkret gemeint sind damit die Hauptziele der Bewegung: Für Arbeitsververkürzung, demokratische und soziale Verbesserungen, für Volksbildung und eine sozialistische Gesellschaftsveränderung. So waren ein derartiges Plakat jedenfalls 1896 verstanden worden.

1996 sind die allgemeinen Werte „Wir kämpfen für Gerechtigkeit und Solidarität“ zwar gleichgeblieben. Inhaltlich haben sich in den letzten hundert Jahren aber offensichtlich die Akzente etwas verschoben. Gerechtigkeit und Solidarität, das bedeutet für die SPO-Führung heute: Kampf für Flexibilisierung, Lauschangriff, Elternbildung, Sparpaket und Maastricht-Europa. Und statt zu kämpfen, kollektiert man heute.

Kurz vor heutigem Maiaufmarsch flatterte eine brandaktuelle Umfrage des Fessel-Institutes in die Agenturen und Redaktionen: „80 Prozent der Österreicher fürchten um ihren Job“. Die Unternehmer haben darauf eine Antwort gegeben: „Jobwunder“ wie in den USA - durch Schaffung neuer Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Einen kleinen Haken hat die Sache allerdings: Vier von fünf neuen Jobs liegen an der Mindestlohngrenze, also bei rund 0,50,- Stunde.

Was sagt der ÖGB? In der Neuaufgabe der GPA-Umverteilungsschüre kann man nachlesen, was sich sonst kaum ein Gewerkschaftsführer traut zu sagen: Da „die Steuern und Sozialabgaben von Lohnnehmern deutlich stärker als von Einkommen aus Besitze und Unternehmung angestiegen sind, ging der Anteil der Nettolohnquote auf Volkseinkommen zurück“ - und die Lobbyisten und Interessensvertreter der Großgrundbesitzer und Besitzern von wertvollen Lebensverhältnissen konnten sich immer wieder durchsetzen: Warum wohl? Vielleicht, weil der ÖGB ein wenig Sparpaket zustimmt?

Während „Gerechtigkeit und Solidarität“ plakatiert wird, spielen sich immer mehr in der SPO-Führung als Modernisierer, die angeblich „die Zeichen der Zeit erkannt haben“, auf. In Wirklichkeit kopieren sie auf auf Punkt und Beistrich Schockprogramme aus der konservativen Motenkette. Es sind „Sozialdemokraten“, die sich stark machen für Studiengebühren, Abschaffung von Überbündenzuschlägen, Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, Kürzungen im Gesundheitsbereich und ausländerfeindliche Gesetze.

Arbeitsverkürzung, demokratische und soziale Verbesserungen, Volksbildung und eine sozialistische Gesellschaftsveränderung - all das halten wir für eine höchst moderne Angelegenheit. Wir richten uns an diesem 1. Mai 1996 gerade an jene, die bei den letzten Wahlen - wie wir - SPO gewählt haben und sich zu recht hinter die Leinwand fühlen.

Millionen Menschen haben sich seit dem letzten 1. Mai gegen Sozialabbau in Europa gewehrt. Widerstand ist also durchaus möglich und nötig. Wir hatten seit dem letzten 1. Mai „europareife“ Angriffe auf unseren Lebensstandard. Sorgen wir endlich für eine „europareife“ Gegenwehr und kämpfen für Gerechtigkeit und Solidarität!

Zukunftsprojekt oder Totgeburt: Die Bewegung Rotes Wien

Neben den herkömmlichen Parteien wird bei der Wiener Gemeinderatswahl auch die „Bewegung Rotes Wien“ kandidieren. „Gerade jetzt, da die sozialen Erzeugnisse in Frage gestellt werden ... gerade jetzt ist es an der Zeit eine soziale Alternative zu schaffen“. Diesen Zitat aus dem Programm der „Bewegung“ ist zuzustimmen. Auch wir treten dafür ein, das politische Vakuum auf der Linken zu füllen.

von Michael Gehmacher, VORWÄRTS-GewerkschaftsStammstisch

Es geht darum, jenen Menschen, die gegen das herrschende Unrecht aktiv werden wollen, eine echte Alternative anzubieten. Ein wesentlicher Grund dafür, daß der Widerstand gegen das Sparpaket relativ schwach war (die Studenten ausgenommen) war jener, daß die Linke den betroffenen Menschen keine „kämpferische Struktur“ anbieten konnte, bei der ein aktives Mitarbeiten sinnvoll erschienen wäre.

Grundsätzlich ist es fraglich, ob ein Wahlbündnis ein sinnvoller erster Schritt für den Aufbau einer linken Alternative ist. Jedenfalls muß auch ein Wahlbündnis 1) das Ziel haben, Betroffene zum Widerstand zu mobilisieren und 2) einen ehrlichen Versuch darstellen, alle aktiven linken Kräfte an einen Tisch zu bekommen.

Darüber wird die Bewegung Rotes Wien von einigen einzelnen Personen wie dem Obmann der Wiener Arbeitsloseninitiative, Josef Hahn, dem am der SPO ausgetretenen Universitätsprofessor Erwin Weissel und der KPÖ-Wien getragen. Die Bewegung wurde präsentiert und als Bündnis dargestellt, obwohl bis heute mit manchen Gruppen noch gar nicht über eine Mitarbeit gesprochen wurde.

Auch auf der ersten Konferenz des „Roten Wien“ war nur eine Diskussion über das Programm vorgesehen. Derzeit wird die Bewegung Rotes Wien von einigen einzelnen Personen wie dem Obmann der Wiener Arbeitsloseninitiative, Josef Hahn, dem am der SPO ausgetretenen Universitätsprofessor Erwin Weissel und der KPÖ-Wien getragen. Die Bewegung wurde präsentiert und als Bündnis dargestellt, obwohl bis heute mit manchen Gruppen noch gar nicht über eine Mitarbeit gesprochen wurde.

Das Volksbegehren wurde präsentiert, bevor das wohnungspolitische Programm des Roten Wien beschlossen wurde. Ob die Bewegung Rotes Wien ihr bürokratisches Gehabe ablegen kann und sich zu einer echten Bewegung entwickelt, bleibt abzuwarten. Viel Zeit ist allerdings nicht mehr. VORWÄRTS will eine kämpferische linke Bewegung - über alle Wahltage hinaus - aufbauen. In diesem Sinne sind wir natürlich auch zur Zusammenarbeit mit der Bewegung Rotes Wien bereit.

VORWÄRTS in Diskussion mit der Linken



Außerdem führen wir (wie in der „Linken“ berichtet) eine Diskussion mit der SOAL (Sozialistische Alternative, österreichische Sektion des „Vereinigten Sekretariats“) über Perspektiven und mögliche Zusammenarbeit. Ähnlich strukturierte Diskussionen planen wir auch mit der ÖDP (siehe Seite 7). Gemeinsame Kampagnen sind dabei für uns der Dreh- und Angelpunkt, um die Diskussion nicht im luftleeren Raum stattfinden zu lassen. Auf internationaler Ebene findet ein Umgruppierungsprozess in der Arbeiterbewegung statt.

Aus ihm sind Bewegungen wie die Sozialistische Allianz in Schottland oder die ÖDP in der Türkei entstanden. Wir wollen in Österreich zur Reorganisation der Linken und der Herausbildung eines linken Gegenpol zur Regierung und TPO einen aktiven Beitrag leisten. Wir können uns auch ein gemeinsames Diskussionsorgan vorstellen, in dem linke Gruppen und Einzelpersonen ihre Standpunkte darlegen.

StudentInnenstreik: Erst der Anfang



Tausende das erste Mal auf der Straße - aber nicht das letzte Mal!

Am 22.4. wurde der Streik an der Uni Wien (an den anderen Universitäten schon früher) offiziell nach einem Beschluß des Mittelbaus beendet. Aber auch von Seiten der Mehrheit der StudentInnenvertreterInnen und des Audi-Max-Plenums wurde eine Weiterführung des Streiks nicht als realistisch betrachtet. „Außer Spesen nichts gewesen“

man aber das Gefühl, die linken Spitzvertreter - mit einigen rühmlichen Ausnahmen - seien wie abgeschnitten von der Bewegung und führten irgendetwas von ihnen eigenem „Kampf“ am Verhandlungstisch.

Absesehen davon gab es sehr passive Ansätze wie Verteilaktionen in Postämtern und auf Märkten, die vereinzelt von AktivistInnen organisiert wurden.

Das Audi-Max-Plenum spielte während des Streiks eine wichtige Rolle als Treffpunkt jener Teile der ÖH, die den Streik unterstützen, und der Streikenden. Trotz zahlreicher Kritik ist ein solches Gremium weitaus effizienter und demokratischer als die abgelehnten ÖH-Strukturen. Durch

Impressum: MHEV, Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, PF 2 1082 Wien Druck: 1. Druckerei Brucke, Wipplingerstr. 23, Hütteldorf und Verlagssort: Wien

Semperit: Todesgrüße aus Hannover?

„...100 Jahre nach der Gründung ist die Semperit Reifen AG integrierter Bestandteil des Weltkonzerns Continental AG. Ein Bestandteil, dessen Potential nach den strategischen Bedürfnissen des Konzerns eingesetzt wird“ ... so steht es in einem nach druckfrischen Buch über Semperit Traiskirchen. Vor einigen Wochen lief der Eigentümer - die deutschen Continental AG - die Bombe platzen. Die PKW-Reifenproduktion sollte von Traiskirchen nach Tschechien verlegt werden. Dadurch würde sich Conti 400 Millionen Lohnkosten sparen. Für Traiskirchen würde das wahrscheinlich das Ende der LKW-Reifenproduktion bedeuten: 1.500 von 2.300 Beschäftigten wären ohne Job. Und das, obwohl Semperit Traiskirchen seit 2 Jahren Gewinne schreibt.

von MB einem ehemaligen Semperit-Angestellten

Die Continental AG - ihr gehören 99,75% - besitzt PKW-Reifen-Produktionsstätten in Schweden, England, Irland (Dublin), BRD, Frankreich, Portugal, Tschechien (Barum-Werk in Ortovice), den USA und außerdem Beteiligungen in Indien, Indonesien und Südafrika. Nun will der Conti-Vorstand in Indien ein neues Werk aufbauen. Möglichkeit 1: Die Traiskirchner Produktionsanlagen werden nach Indien verlagert. Möglichkeit 2: Die Produktionsanlagen des tschechischen Barum-Werks kommen nach Indien und die Maschinen aus Traiskirchen nach Tschechien. Die Strategie dahinter: Mit billigstem Material und niedrigsten Lohnkosten werden in Indien „Rohreifen“ erzeugt; diese werden nach Tschechien gebracht, wo dann das Reifenprofil aufvulkanisiert („eingeteilt“) wird.

Stunde in Westeuropa in Gefahr bringen. Riesige Profite Bereits jetzt wurden 400 Millionen öS aus Semperitgewinnen in das tschechische Barum-Werk investiert. Conti verlagert die Produktion nicht, weil „die Firma so schlecht dran ist, daß wir uns die westeuropäischen Lohnkosten nicht mehr leisten können“, wie Multis oft schmeicheleiartig kommentieren. Im Gegenteil, die Continental AG-Bilanz wird für 1995 einen Gewinn von 47,2 Mio. DM ausweisen. Nicht miteingerechnet sind hier Gewinne, die wieder investiert werden. Für das Aus der traiskirchner PKW-Produktion spricht auch, daß die Forschungs- und Entwicklungsabteilung von Semperit seit März '94 nach Hannover verlagert wurde.

In einer VORWÄRTS-Sonde unter dem Titel Semperit wissen wir bereits darauf hin, daß von der Auslagerung nicht nur 200 hochqualifizierte Jobs verlorengehen, sondern auch die PKW-Produktion in Frage gestellt wird. So sahen es damals wohl auch viele Semperitarbeiter. Bei einer großangelegten Betriebsversammlung wurden die Arbeiter von Vranitzky, dem Contivorstand und der ÖGB-Spitze beruhigt. Man versprach, alles für den Erhalt der Arbeitsplätze zu tun. 1995 wird Semperit 400 Millionen Dividende an Conti auszahlen. In den letzten drei Jahren hat Semperit 1,2 Milliarden an Conti auszahlt. So spricht einiges dafür, daß Semperit vor der Zerschlagung noch ordentlich ausgeschüttet wird. Schließlich bezieht Conti, als sie 1985 die Semperit von der CA übernahm, noch 1,2 Milliarden öffentliche Gelder. Damals mußte Conti eine Standortgarantie abgeben, die nun auslaufen ist. Damals hatte Semperit noch 3.700 Beschäftigte - heute 2.300.

Durch die jetzt debattierten Maßnahmen will Semperit-Chef Werner Kraus 300-400 Millionen bei Löhnen einsparen. Sogar die Streichung des Weihnachtsgelds wird diskutiert. Außerdem soll es Kürzungen bei verschiedenen Leistungen, z.B. den Werkbuslinien, geben. Ein Einsparungs-Horn stößt leider auch Zentralbetriebsrat Neubauer. In einer Ausdeutung schreibt er von einer „Standortgarantie, die wir uns - durch Senkung der Herstellungs- und Billiger Produktion - nur selber geben können“.

Wie weiter?

Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze, sondern beruht weitestgehend auf dem Prinzip: „Wer zuerst weicht, verliert“. Ein solches Verhalten gibt ein „Europa-Forum“ mit Betriebsräten aus allen Conti-Werken. Dieses Forum muß jetzt für internationale Aktionen genutzt werden. Schließlich sind die „Indien-Pläne“ des Conti-Vorstands eine Gefahr für alle Conti-Werke in Europa! Außerdem muß die Semperit-Privatisierung wieder zurückgenommen werden! Sie hat nur Milliarden gekostet und hunderte Arbeitsplätze vernichtet. Dafür gab und gibt es jedes Jahr satte Gewinne für die Conti-Aktionäre.



Kniefall Saure Arbeiter - Saure Milch!

Kniefall Saure Arbeiter vor Dichand?

Viele Wiener standen in den letzten Wochen vor leeren Milchregalen. Der Grund: Chaos bei der Auslieferung. Genug für ÖR-Journalisten, hinter dem Chaos Sabotage zu vermuten. Wer steckt dahinter? Die bösen Autonomen, die PKK, ein exjugoslawischer Geheimdienst?

Die mögliche Antwort: 70 Prozent des Marktes werden von der Milchfrisch AG beliefert. Die Tochter des „Schwarzen“ Raiffeisenkonzerns hatte Anfang April drei Wiener Standorte in das Zentrallager nach Wien Hirschtensattel verlegt, welches früher zur Konsumgruppe gehörte. Im Zuge der Konsumentensolvanz und der Übernahme durch die Milchfrisch mußten ca. 140 Mitarbeiter gehen.

Die übergelassenen Beschäftigten mußten mit einem Schlag den Großteil des österreichischen Marktes versorgen. Offensichtlich von der Gewerkschaft im Stich gelassen, scheint es, als würden die Beschäftigten zu riskanteren Formen des Widerstandes greifen. Motto: Wenn die Manager meinen, daß dieser Arbeitsaufwand zu bewältigen ist, dann wird sich eben zeigen, daß es nicht so einest. Begonnen hat es mit einem Stromausfall in der EDV-Anlage, dann ging fast ein Drittel der Belegschaft in den Krankenstand. Dazu kommt noch, daß die defizitäre Milchfrisch AG - Gerüchten nach - von der Raiffeisen ins Aus geschickt wird. Was auch ein Aus für den Standort Hirschtensattel bedeuten könnte. Die Manager haben nun Po-

lizeitschutz für die Milchauslieferung angefordert. Die Gewerkschaft sieht offensichtlich keinen Handlungsbedarf. Besonders deutlich zeigt sich das, wenn der zuständige GPA-Sekretär in der Fernsehsendung „Schilling“ erklärt, wie furchtbar der Geschäftszustand sei. Denn: „Wir haben die Geschäftslieferung ja rechtzeitig in einem Brief vor solchen Entwicklungen gewarnt“.

Und dann weiter unter Kopfkissen des Betriebsrats: „...wir müssen jetzt vor allem auf sozialpartnerschaftlicher Ebene arbeiten“. Auch wenn Betrieb und Gewerkschafter es vielleicht gut meinen: Politisch gesehen ist ein Management, das Polizeischutz fordert, unzufriedene Beschäftigte und eine Gewerkschaft, die in so einer Situation weiter „sozial-



Milchfrisch Zentrallager partnerschaftlich“ auszusprechen will, jener politische Boden, auf dem auch ein Haider ernten kann.

Konferenz der Unabhängigen GewerkschafterInnen

Am 27.4. hielten die „Unabhängigen GewerkschafterInnen für mehr Demokratie - UG“ eine Konferenz in Wien ab. Die UG versteht sich als Sammlung verschiedener unabhängiger Betriebsrats und Personalvertretungs-Listen.

2) Urabstimmung bei allen relevanten Fragen der Interessensvertretung durch die Betroffenen. 3) Verpflichtung der Funktionäre/Finanz gegenüber der betroffenen Basis anstatt gegenüber Parteien, Fraktionen und/oder Betriebsinhabern. 4) Anerkennung der UG als gleichberechtigte, nicht parteigebundene Gewerkschaftsfraktion in jeder Hinsicht.

Im Vereinsstatut wird unter anderem der „Abbau der Demokratiedefizite im Rahmen der einzelnen Fachgewerkschaften und des ÖGB“ gefordert. Konkret gibt es folgende Hauptforderungen: 1) Demokratische Wahlen der Gewerkschaftsorgane auf allen Ebenen durch die jeweils zu vertretenden Mitglieder.

licher Einheit und den Unabhängigen Gewerkschafter im öffentlichen Dienst. Bei den letzten Gewerkschaftswahlen im öffentlichen Dienst erreichte die „UG“ 13.086 Stimmen und damit einen beachtlichen Erfolg. Zu den genannten Gruppierungen kommen einige Namenlisten aus verschiedenen Betrieben und der VORWÄRTS-GewerkschaftsStammstisch. Angenommen wurde auch ein Antrag, der sich für die Einrichtung einer „Erweiterungsarbeitsgruppe“ aussprach. Diese Arbeitsgruppe will in nächster Zeit vor allem Kontakte zu den Bereichen Post, ÖBB, Feuer- und Verkehrsbetriebe aufbauen und eventuell Solidaritätsaktionen organisieren.



Wir werden in der UG weiter mitarbeiten. Denn der Kampf um mehr Demokratie im ÖGB ist ein wichtiger Ansatz für die Herausbildung einer klassenkämpferischen Opposition in den Gewerkschaften.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

- Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:
- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
 - 5 Nummern zu €5,50 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu €10,00 (inkl. Porto)
 - 5 Nummern zu €5,00 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu €9,50 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu €9,00 (inkl. Porto)
 - 10 Nummern zu €8,50 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:
- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkauf (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Wofür wir kämpfen

- Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungslösung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen!
- Nein zur falschen Hand in - bei Banken, Versicherungen, Großhandelsketten und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von €5,00 netto.
- Kampf für Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet: Kampf dem Versauerer, dem Profitorientierten, dem Öko-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitsnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

- Nein zur Spaltung von ArbeiterInnen und Jugendlichen!
- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und geschlechtliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.
- Nicht mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsruckismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Ausbau und Inlandisierung der ArbeiterInnen und Jugendliche gemeinsam führen.
- Ausbau und Inlandisierung der politischen, sozialen und kulturellen Rechte aller in Österreich lebenden Volksgruppen und ethnischen Minderheiten.
- Kampf für autonome Entscheidungs- und Mitspracherechte im Vernetzungs- und Bildungsbereich.
- Volle Gleichberechtigung für Frauen, Leben und sexuelle! Abschaffung aller diskriminierender Paragraphen.
- Für die volle Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.
- Nein zu einem repressiven, rechtsdemokratischen Sicherheitsapparat.
- Nein zu Auflösung sämtlicher Geheimdienste und Sonderdiensten.
- Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO) - gegen die Errichtung eines Berührensers - für die Auflösung aller atomaren Einheiten.
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, ArbeitnehmerInnen- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung.

SOV Gründungsveranstaltungen

- 3. Mai Gründungsveranstaltung der Sozialistischen Offensive Vorwärts um 19h im Kongresshaus (1050 Wien, Magarengürtel 138-140)
5. Mai Gründungsveranstaltung der OrtsGruppe Niederrösterreich um 18h in Wiener Neustadt im Saal der Volkshochschule (Herzog-Leopoldstraße, Eingang des Stadttheaters)
7. Mai Gründungsveranstaltung der OrtsGruppe Oberösterreich um 19h im "Alten Schlachthof" (Wels, Dragonerstraße 22)
10. Mai Gründungsveranstaltung der OrtsGruppe Wien Nord um 19h im Cafe Spectrum (1020 Wien, Armetzhofstr. 8)
Thema: "Sozialistische Antworten auf Angriffe auf unsere Rechte"

- 13. Mai Gründungsveranstaltung der OrtsGruppe Wien Ost um 19h im "Sari" (1030 Wien, Kreinergr. 1, bei der U3-Station Kardinal Nagl-Platz)
15. Mai Gründungsveranstaltung der OrtsGruppe Wien Mitte um 18h im Ammerlinghaus (1070 Wien, Stifg.8)
22. Mai Gründungsveranstaltung der OrtsGruppe Wien Süd um 19h im Jugendzentrum Grünwaldgasse (1050 Wien)
Thema: "Wiener Wahlkampf und die sozialistische Antwort"
28. Mai Gründungsveranstaltung der OrtsGruppe Wien West um 19h im Club International (1160 Wien, Payerg. 14)
Thema: "Wir stellen uns vor"

Kampffonds aktuell
Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds hilft unsere Einnahmen wieder. Auf den Euro werden jener Anteil des Gesamtzieles aufgebracht, den wir erreicht haben.
L.QUARTAL: Ziel (€5 120.000,-) zu 73,95% erreicht.
April 96: Ziel zu 55,5% erreicht.
Besondere Spenden: Heinrich M., Spanienkämpfer € 2000,-!

VORWÄRTS Jugend und Kultur "Fruade oder Eierlikör" Punx not dead

Das letzte „Semester“ von „Phetbergs Nette Leit Show“ ist zu Ende gegangen, aber einige Fragen bleiben. Der Entschluß des ORF, die „Nette Leit Show“ in die Fernsehreihe Kunststücke zu bringen, hat eine wahre „Phetbergomanie“ ausgelöst.

„...es geht net“, und etwas später „...und nach dem der Magistratsbeamte net wissen kann, wer schuld ist, wird gefragt...“, und der schließt in ein Supermarkl... dann der Filialleiter... „dann is aus“... Phetberg dazu: „wir haben jetzt grad... bewiesen, wie sehr der Staat ein Handlager eines unversierbaren Systems geworden ist.“

Phetberg hatte auch ein „Coach“ für diese Dinge. Vieren ist ja ein Comeback mit radikalerer, fundierterer Gesellschaftskritik möglich. Wahrscheinlicher ist wohl, daß ein solches Programm auf Dauer nicht gesendet wird...

Internationales ÖDP: Freiheit und Solidarität

Am 22. Jänner 1996 hat in Ankara der Gründungskongress einer neuen Partei stattgefunden: der ÖDP. Die ÖDP (Özgülürk ve Dayanimsa Partisi - Partei der Freiheit und Solidarität) hat bereits etwa 10.000 Mitglieder. Die Gründung der ÖDP wurde mit einem Fest begangen, an dem 15.000 Menschen teilgenommen haben. Es ist ganz eindeutig, daß die ÖDP über enorme Anziehungskraft verfügt.

Hände weg vom Balkan
In Wien haben verschiedene linke Organisationen eine Plattform gegen die imperialistische Intervention in Bosnien gegründet. An dem Komitee nehmen bis jetzt: VORWÄRTS, Jugend gegen Rassismus in Europa, SOAL, EKIM, Kommunistische Initiative, KKL/Rebel und IGARA, KPO und ÖDP haben Interesse bekundet. Ein wichtiger politischer Punkt besteht in der Feststellung der Plattform, daß der Nationalismus im Krieg im ehemaligen Jugoslawien auf allen drei Seiten reaktionär ist. Am 14. Mai findet im Amerlinghaus in Wien eine Diskussionsveranstaltung statt.

Italien - Sieg der RC
Noch vor einem Jahr wurde die Gefahr des aufkommenden Faschismus in Italien betont. Jetzt feierte die Linke den großen Wahlsieg in ihrer Geschichte. Vor allem die rund 9 Prozent die die linke „Kommunistische Wiedergeburt“ erzielte sind das wichtigste Ergebnis dieser Wahlen. Das „Olivenbaumbindnis“, an dem sich die RC offiziell nicht beteiligte - verfehlte knapp die absolute Mehrheit der Sitze. Die PDS - die sozialdemokratisierte KPI - hat den Sieg „ihres“ Mitte-Links-Bündnisses Olivo zum Anlaß genommen. Hammer und Sichel emulgiert aufzuschaffen und sich so von sozialistischen Traditionen zu verabschieden. Sie hat damit klargestellt, was von der neuen Regierung zu erwarten ist: Erfüllung der Maasricht-Kriterien = Sozialabbau ist oberste Devise. Das war wohl auch der Grund für die Begeisterung der Börsen und Kapitalisten über den Wahlsieg. Die Wähler, die enttäuscht von den leeren Versprechern der diversen rechten und rechtsrechten Parteien zur Olive gewechselt sind, werden von der neuen Regierung bald ebenso enttäuscht sein. Bleibt abzuwarten ob die RC bereit ist, ihren Wahlerfolg in einen beherrschenden linken Oppositionskurs umzusetzen.

Gegen den israelischen Terror
In den letzten Tagen und Wochen führte Israel die größte militärische Offensive im Süd-Libanon seit dem Sommer 1993 durch. Aber auch der Rest des Landes, inklusive der Hauptstadt Beirut, wurde umgeben. Unter dem Vorwand, die Haschabattreffen zu wollen, schließt Israel weit über zwei Billionen. Das israelische Terror ist in erster Linie die Zivilbevölkerung. Hunderttausende müssen flüchten, Hunderte wurden erschossen. Der Westen, der sich so gerne auf die Menschenrechte beruft, wenn es ihm in den Kramp packt, schweigt - auch Österreich. Der „Friedensprozess“ in Israel/Palästina gerät ins Stocken, vor allem die Palästineser sehen keine Veränderung ihrer ökonomischen Situation. Peres will - kurz vor den Wahlen - Stärke zeigen. Da er die Attentate der Hamas trotz der Zusammenarbeit mit Arafats Palästinaschutzpolizei nicht stoppen kann, versucht er auf diese Weise zu punkten.

Der ÖDP Entscheidend war dafür das Bekennen der maßgeblichen Teile der ÖDP zur sozialistischen Demokratie und zu deren Grundlage, dem sozialistischen Pluralismus. Die verschiedenen Organisationen, die sich in der ÖDP zusammengeschlossen haben, haben das Recht zur Weiterexistenz, zum eigenen Organisationsleben mit eigenen Konferenzen und Publikationen. Grundlage der ÖDP ist ein Aktionsprogramm, welches mit den Losungen „Friede, Selbstverteidigung der Arbeit und Freiheit“ populär zusammengefaßt werden kann. Über die gemeinsamen Aktionen soll ein kollektiver Lernprozeß ermöglicht werden, der die „Herausfilterung“ der wirksamsten Mittel für den Kampf gegen den Imperialismus zum Ziel hat. Gegenwärtig wird auch ein Bündnis mit Reformisten als zweckmäßig angesehen, wobei die „marxistische Plattform“ in der ÖDP die spätere Trennung von reformistischen Kräften für unvermeidbar hält. Doch diese zukünftige Trennung soll nicht ein Produkt der „Auswanderungstheorie“ sein, sondern eine nachvollziehbare Konsequenz aus dem Klassenkampf sein. Die ÖDP zählt die türkische Sozialdemokratie übrigens nicht zum reformistischen, sondern zum eigentlichen Lager. Die ÖDP ist jedenfalls mehr als ein Funke Hoffnung. Es liegt an den marxistischen Kräften innerhalb der ÖDP, das Maximum aus dieser Entwicklung für die revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu nutzen.

Der Prozeß der Umgruppierung der türkischen „radikalen Linken“ ist damit in ein neues Stadium getreten. Die ÖDP ist ein Zusammenschluß zweier Organisationen: Der BSP und der GBKP. Die BSP (Vereinigte Sozialistische Partei) ist selbst aus der Vereinigung mehrerer linker Gruppen hervorgegangen. Ebenso die GBKP (Gemeinsame Initiative für die Bildung der Zukunft), zu der sich ehemalige Mitglieder der „Dev Yol“, der legendären Organisation der 70er Jahre, und andere linke Gruppen zusammangen hatten. Unabhängig marxistische Intellektuelle, feministische, Ökologie- und Jugendgruppen, Pazifistinnen und Pazifisten schlossen sich der neuen Organisation an. In ihr befinden sich Aktivistinnen und Aktivisten aus drei Generationen der „radikalen Linken“, die häufig in miteinander rivalisierenden Organisationen zersplittert waren. In der ÖDP spiegelt sich die Tendenz zur Bildung der Einheit der Linken wider. Ideologisch wird ÖDP durch dieser Prozeß nicht wesentlich in den Emigrantengruppen. Ihr gehörte die Gruppe Kurtulus zu den Wegbereitern dieser Konzeption. In jahrelangen Diskussionsprozessen, begleitet von immer wieder neuen Organisationsversuchen, entwickelte sich die Einheit der Linken in der Türkei zuerst in der BSP, die 3.000 Mitglieder hatte, und schließlich in

der ÖDP. Entscheidend war dafür das Bekennen der maßgeblichen Teile der ÖDP zur sozialistischen Demokratie und zu deren Grundlage, dem sozialistischen Pluralismus. Die verschiedenen Organisationen, die sich in der ÖDP zusammengeschlossen haben, haben das Recht zur Weiterexistenz, zum eigenen Organisationsleben mit eigenen Konferenzen und Publikationen. Grundlage der ÖDP ist ein Aktionsprogramm, welches mit den Losungen „Friede, Selbstverteidigung der Arbeit und Freiheit“ populär zusammengefaßt werden kann. Über die gemeinsamen Aktionen soll ein kollektiver Lernprozeß ermöglicht werden, der die „Herausfilterung“ der wirksamsten Mittel für den Kampf gegen den Imperialismus zum Ziel hat. Gegenwärtig wird auch ein Bündnis mit Reformisten als zweckmäßig angesehen, wobei die „marxistische Plattform“ in der ÖDP die spätere Trennung von reformistischen Kräften für unvermeidbar hält. Doch diese zukünftige Trennung soll nicht ein Produkt der „Auswanderungstheorie“ sein, sondern eine nachvollziehbare Konsequenz aus dem Klassenkampf sein. Die ÖDP zählt die türkische Sozialdemokratie übrigens nicht zum reformistischen, sondern zum eigentlichen Lager. Die ÖDP ist jedenfalls mehr als ein Funke Hoffnung. Es liegt an den marxistischen Kräften innerhalb der ÖDP, das Maximum aus dieser Entwicklung für die revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu nutzen.

Arbeiter aller Länder vereinigt Euch im Kampf!

Am 1.Mai gehen arbeitende Menschen auf der ganzen Welt auf die Straße, um ihre Solidarität im Kampf gegen Unterdrückung und für die Befreiung von Hunger, Armut und Demütigung zu demonstrieren. Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAICWI) ist eine internationale sozialistische Organisation mit Mitgliedern und Mitarbeiterinnen in 35 Ländern auf allen 5 Kontinenten. Auf der gesamten Welt stehen wir den selben Problemen wie Armut, Arbeitslosigkeit und Angriffen auf den Lebensstandard, gegenüber. Die Bewegung in Frankreich hat den Arbeiter der ganzen Welt ein positives Beispiel dafür gegeben was mit Massenaktionen erreicht werden kann. Auch unter „normalen Menschen“ verändert sich die Stimmung. Dadurch wird die Idee des Sozialismus und die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen, wieder zurück auf die Tagesordnung gebracht. Der Zusammenbruch der totalitären stalinistischen Regime bedeutete einen Sieg des Kapitalismus und markierte das Ende der alten Nachkriegsbeziehungen. Eine neue Weltordnung entsteht - aber nicht, wie die kapitalistischen Sprecher versprochen hatten, eine Welt von Stabilität, Frieden und Fortschritt. Weit entfernt davon, dem Kapitalismus einen neuen Bereich von Wachstum und die Möglichkeit, die kommende Periode der Depression zu überstehen, zu geben, wird der Versuch, die ehemaligen stalinistischen Staaten in den Weltmarkt zu integrieren, die kapitalistischen Widersprüche verschärfen und die Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten verstärken.

Ein Hauptwiderspruch im modernen Kapitalismus ist, daß trotz der „Globalisierung“ immer noch die nationalen Ökonomien die elementaren Einheiten kapitalistischer Produktion sind. Die Erfrischung von Handelsblöcken hat die fundamentalen Widersprüche nicht beseitigt. Die jetzige Krise ist nicht zyklisch. Das alles geschieht, obwohl das Niveau der technologischen Entwicklung, der Wissenschaft und der Produktion höher ist als jemals zuvor und gegen Ressourcen existieren, um jedem Menschen ein Leben in Würde zu garantieren. Es gibt keinen Mangel an Ressourcen; was fehlt ist die demokratische Kontrolle, die notwendig ist, um ihre Verwendung im Sinne der Bedürfnisse und nicht der

Auszug aus der 1.Mai-Stellungnahme des KAL, um €5,- bei uns zu bestellen.

Internationales VORWÄRTS



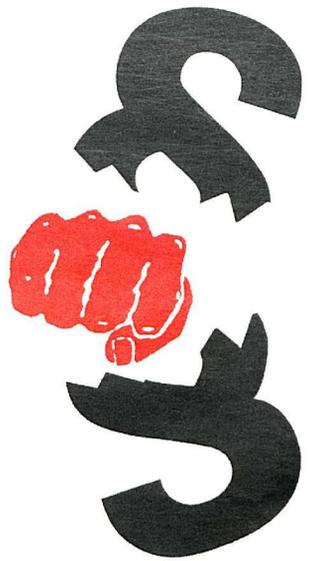
Genau auf die Straße gegangen. Wenn es in einem Betrieb zu Kündigungen gekommen ist - was häufig aus politischen Gründen geschah - haben wir die Arbeiter dort unterstützt. Mit der Zeit wurden die Angriffe der Polizei auf uns immer schlimmer. Ein „versteckter“ Krieg mit hunderten Verhaftungen, Folterungen und Morden begann. Trotzdem wurde die Gefahr eines möglichen Militärputsches nicht wirklich erkannt. Als am 12. September 1980 die Armees endgültig die Macht übernahm, waren wir unvorbereitet. Es war die schwerste Niederlage in der Geschichte der türkischen Arbeiterbewegung. Ich wurde bei auch kurz verhaftet und habe dann das Land verlassen.

VORWÄRTS führte das folgende Interview mit einer türkischen Basisaktivistin der ÖDP in Österreich.
V.G., Du warst bevor du 1981 nach Österreich gekommen bist, in der türkischen Linken aktiv. Aus welcher Tradition kommen Du?
G: Begonnen habe meine politischen Aktivitäten 1977/78, als ich an der ÖDTU-Universität in Ankara studierte. In dieser Uni herrschte damals unter den Studenten eine revolutionäre Stimmung. Ich wurde bei der Organisation Dev Yol aktiv. Sie entwickelte sich, mit später bis zu einer Million Unterstützern, zur stärksten linken Organisation. Dev Yol verstand sich selbst als revolutionäre Kraft. Wir haben mit der Studentenbewegung begonnen und haben dann bei ArbeiterInnen, Angestellten und im gewerkschaftlichen Bereich weitergemacht.

Was waren die Hauptpunkte Eurer Arbeit?
G: Wir haben uns gegen faschistische Angriffe organisiert, für die Autonomie der Universitäten demonstriert, sind für demokratische Rechte und Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufgetreten. Politisch ist es notwendig, Programme und Forderungen auszuwickeln, die das Bewusstsein entwickeln und Aktivitäten initiieren können, praktisch müssen eine Unterstützung für kämpfende Arbeiter und Kampagnen mit breiter Basis aufgeben werden, die all jene besser Lebensbedingungen teilnehmen wollen.

Die Auswirkungen von Kapitalismus, aber auch Stalinismus auf die Umwelt haben nun ein solches Ausmaß erreicht, daß das gesamte ökologische Gleichgewicht in Gefahr ist, zerstört zu werden. Die imperialistische Plünderung und Ausbeutung der ärmsten Gebiete der Welt spottet je dem Vergleich. Der einzige Ausweg aus der jetzigen Krise kann nur in der endgültigen Überwindung von Kapitalismus und Großgrundbesitz liegen. Das Ziel der sozialistischen Revolution ist es, die großen Monopole (2.000 internationale Konzerne kontrollieren ein Viertel der Weltproduktion) und die Banken in öffentlichen Besitz zu überstellen und auf dieser Basis einen demokratischen Plan für die Produktion und die Verteilung des Reichtums auf nationaler und internationaler Ebene auszuarbeiten. Eine geplante Wirtschaft, geführt und kontrolliert von demokratisch gewählten Versammlungen, macht es möglich, die Produktivkräfte in Übereinstimmung mit der Natur und der Umwelt zu entwickeln.

Das Ziel der sozialistischen Revolution ist es, die großen Monopole (2.000 internationale Konzerne kontrollieren ein Viertel der Weltproduktion) und die Banken in öffentlichen Besitz zu überstellen und auf dieser Basis einen demokratischen Plan für die Produktion und die Verteilung des Reichtums auf nationaler und internationaler Ebene auszuarbeiten. Eine geplante Wirtschaft, geführt und kontrolliert von demokratisch gewählten Versammlungen, macht es möglich, die Produktivkräfte in Übereinstimmung mit der Natur und der Umwelt zu entwickeln. Auszug aus der 1.Mai-Stellungnahme des KAL, um €5,- bei uns zu bestellen.



Drei Jahre Aufenthaltsgesetz: Bilanz des Schreckens

Knapp drei Jahre ist es jetzt her, seit das sogenannte Aufenthaltsgesetz zusammen mit dem neuen Asyl- und Meldegesetz verabschiedet worden ist. Das Aufenthaltsgesetz sieht unter anderem vor, daß ausländische KollegInnen nach den Anforderungen und Bedürfnissen der Wirtschaft ins Land gelassen werden bzw. dieses verlassen müssen.

von Niki Hoffmann,
 Ortsgruppe Süd

Um eine Aufenthaltsbewilligung zu bekommen, muß das Einkommen und eine „ortsübliche Unterkunft“ gesichert sein. Bis 1995 wurde dies über 10m²/Person definiert, was viele AusländerInnen zwang, falsche Angaben über die in einer Wohnung wohnenden Menschen zu machen. Dadurch waren sie großem Druck durch Vermieter ausgesetzt. 1995 wurde in einer Kommission „festgestellt“, daß die ortsübliche Unterkunft nicht an die Wohnungsgröße geknüpft sein darf. Trotzdem werden AusländerInnen weiter benutzt, um die Mieten in die Höhe zu treiben.

Am Arbeitsmarkt werden sich AusländerInnen hüten, kriminelle Machenschaften ihrer Arbeitgeber anzuzeigen. Denn bei Kündigungen droht ihnen der sofortige Entzug der Auf-

19.5.95 verabschiedete er auch ein Reformpaket, mit dem einige der größten bürokratischen Schikanen und Ungereimtheiten beseitigt wurden. Zum Beispiel darf seither ein Kind, das in Österreich geboren wurde, auch vom Inland aus einen Antrag auf Aufenthalt stellen! Trotz dieser Reformen ist das Aufenthaltsgesetz und dessen prinzipielle Diskriminierung auch von Einem nicht angegriffen worden.



Eine kurze Schreckensbilanz

Die Ausweisungen, Aufenthaltsverbote, Schubhaftverhängungen und Abschiebungen sind seit Inkrafttreten der Gesetze 1993 extrem gestiegen. Mit der In-schubhaftnahme von unter 16-jährigen verstößt Österreich sogar gegen die UNO-Kinderkonvention. Noch krasser ist die Situation der österreichischen Asylpolitik. Bereits 1990 umriß Manfred Matzka, Leiter der Flüchtlingssektion im Innenministerium, die Richtung der Asylpolitik folgendermaßen: „Die Situation für Asylbewerber muß so unerträglich sein, daß niemand mehr nach Österreich flüchtet.“ Und das hat er auch

fast geschafft. Die Anerkennungsquote lag 1995 bei 12,5% (993 Flüchtlinge). Die Begründungen, warum Asylanträge abgelehnt werden, sind oft bizarr:

Ein Mann aus Zaire forderte auf einer Demonstration den Rücktritt des dortigen Diktators Mobutu. Er war in seinem Heimatland 20 Monate in Isolationshaft eingesperrt. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, denn „mit solchen Maßnahmen ist gegebenfalls auch in Demokratien westlicher Prägung zu rechnen.“ Bei einem iranischen Flüchtling, der sich einen Reisepaß mit Visum organisieren konnte, kam das Bundesasylamt zu

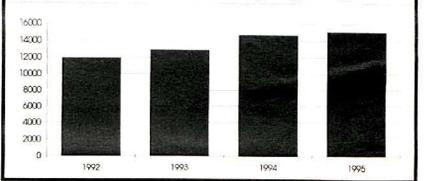
dem Schluß, daß er wohl nicht sehr verfolgt gewesen sein könnte.

Entscheidender Hebel bei der Asylabweisung ist die „Drittlandklausel“. Leute, die, bevor sie nach Österreich kamen, in „sicheres“ Land zurückgekehrt sind, haben in Österreich kein Asylrecht. „Sichere“ Länder sind mit Republik Österreich unter anderem: China, Rußland, Rumänien, Nigeria, einige ex-jugoslawische Republiken... Flüchtlinge, denen in Österreich kein Asyl gewährt wird, werden oft nicht einmal in das „Drittland“, sondern gleich in den Verfolgerstaat abgeschoben.

Doch damit nicht genug. Die hier lebenden AusländerInnen müssen nicht „nur“ die diskriminierenden AusländerInnengesetze ertragen, sie haben auch noch mit dem Sparpaket zu kämpfen. Sie zahlen z.B. wie alle ArbeitnehmerInnen hier in den Familienlastenausgleichsfond (FLAF) ein,

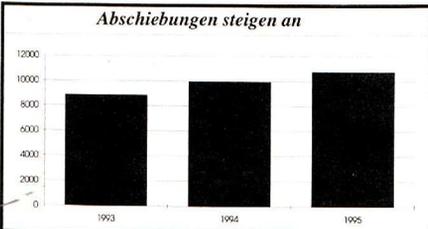
bekommen aber für Kinder, die nicht in Österreich leben, keine Kinderbeihilfe mehr. Auch verdienen AusländerInnen durchschnittlich um 16% weniger. Die Kürzungen bzw. Nichterhöhungen von allgemeinen Sozial-

Die Anzahl der Schubhäftlinge steigt



leistungen haben daher verhältnismäßig schwerwiegende Auswirkungen. AusländerInnen sind in den meisten Bundesländern vom Bezug der Sozialhilfe ausgeschlossen. Das kann übrigens zum Verlust der Aufenthaltsbewilligung - kein ausreichendes Einkommen - führen.

VORWÄRTS kämpft für die Abschaffung aller rassistischen Gesetze und die volle politische und soziale Gleichstellung aller ArbeitnehmerInnen - egal welcher Herkunft und Nationalität.



enthaltensbewilligung. Aus demselben Grund werden sie nicht mehr Lohn fordern und lassen sich so durch ihre Rechtslosigkeit hervorragend als Lohndrücker mißbrauchen.

All das ist noch unter dem damaligen SPÖ-Innenminister Franz Löschnak verabschiedet worden. Mit der Bestellung Caspar Einems zum Innenminister hofften viele, daß das Aufenthaltsgesetz und seine Begleitgesetze entscheidend novelliert bzw. sogar abgeschafft würden. Am

1993 extrem gestiegen. Mit der In-schubhaftnahme von unter 16-jährigen verstößt Österreich sogar gegen die UNO-Kinderkonvention. Noch krasser ist die Situation der österreichischen Asylpolitik. Bereits 1990 umriß Manfred Matzka, Leiter der Flüchtlingssektion im Innenministerium, die Richtung der Asylpolitik folgendermaßen: „Die Situation für Asylbewerber muß so unerträglich sein, daß niemand mehr nach Österreich flüchtet.“ Und das hat er auch

Kein Fußbreit den Faschisten

Unter dem Motto „Kein Fußbreit den Faschisten“, veranstalteten JRE und die SchülerInnenAktionsplattform (SAP) gemeinsam mit der türkischen Jugendorganisation Antifasist Gençlik Komitesi am 20. April eine - inzwischen schon traditionelle - antifaschistische Demonstration.

von Rene Braunstein
 JRE - Wien West

An diesem Tag, an dem die Faschisten den Geburtstag ihres Führers feiern, zeigten wir, daß wir ihnen die Straße nicht überlassen. Das ist seit Anfang der neunziger Jahre ein fester Bestandteil unserer antirassistischen Arbeit.

Die Route, die über die Kärntnerstraße gehen sollte, wurde uns von der Polizei untersagt. Die Exekutive begründete dies mit Verkehrsbehinderung und Geschäftsschädigung (es war 17 Uhr 30!) in der Kärntnerstraße. Das geht offensichtlich in Österreich vor Versammlung und Demonstrationsfreiheit. Tatsächlich befindet sich der Kärntnerstraße die FPÖ-Zentrale. Und genau das ist der Grund, weshalb wir dort traditionell vorbeimarschieren - um auch gegen den „geistigen Ziehväter des rechtsextremen Terrors“ Jörg Haider und seine FPÖ zu pro-

testieren. Unser Ordnerdienst hat die Demonstration vor möglichen rechten Provokateuren und Polizeiübergriffen geschützt, um auch älteren Menschen und Familien mit kleinen Kindern die Teilnahme zu ermöglichen. Es ist wichtig, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. Bei der Demo sind rund 40 Leute der JRE beigetreten und haben sich spontan be-reiterklärt, in den Gruppen mitzuarbeiten.

Kämpfe auch Du gegen Faschisten und Rassisten! Komm zu JRE!
Nächster wichtiger Termin:
 5. Mai - Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen.